

"Helmut Schmidt: Zurück zu Europa" in Der Spiegel (25. September 1978)

Legende: Am 25. September 1978 analysiert das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel die Rolle der deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der Einrichtung des Europäischen Währungssystems (EWS) im Jahr 1978.

Quelle: Der Spiegel. Das deutsche Nachrichtenmagazin. Hrsg. Augstein, Rudolf ; Herausgeber Engel, Johannes K.; Böhme, Erich. 25.09.1978, Nr. 39; 32. Jg. Hamburg: Spiegel-Verlag. "Helmut Schmidt: Zurück zu Europa", p. 21-23.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL:

http://www.cvce.eu/obj/helmut_schmidt_zuruck_zu_europa_in_der_spiegel_25_september_1978-de-30b99438-2616-4812-855d-b365585c66d4.html

Publication date: 01/08/2016



Helmut Schmidt: Zurück zu Europa

Enttäuscht von den USA, hängt Kanzler Schmidt neuen Visionen von einem geeinten und mächtigen Europa nach. Die Führungsrolle, so seine Erkenntnis, müsse dabei Frankreich übernehmen, weil die Deutschen, belastet durch ihre Vergangenheit, „nicht allzu selbstbewußt auftreten“ dürften. Die Regie allerdings will Schmidt führen.

Es schien so, als memorierten sie beflissen die Vokabeln des Lexikons der Nationalökonomie, der große Elegante und der untersetzte Macher. Sie deklinierten „Währungskorb“ und „Saldenausgleich“, definierten „Interventionspunkte“ und „parity grid“.

In Wahrheit aber schwelgten Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt in der Historie und träumten von der Zukunft. Beziehungsreich hatten sich die beiden Kerneuropäer vorletzte Woche in Aachen, der Residenz Karls des Großen, getroffen und ihre scheinbar dröge Seminararbeit über das geplante europäische Kunstgeld „Ecu“ am 1 100 Jahre alten Beispiel gemessen: „Wir sind jetzt dabei“, so entwickelte der Deutsche seine historische Perspektive, „etwas zustande zu bringen, was für den ganzen Rest des Jahrhunderts von großer politischer Bedeutung ist.“

Schmidt strebt Höheres an als Wechselkurse. Der deutsche Krisenmanager will zum europäischen Staatsmann aufrücken, ersucht den neuen Anlauf zur europäischen Einigung. Es geht ihm um die politische Führerschaft auf dem alten Kontinent, wenn nicht gar in der westlichen Hemisphäre.

Im Sommerurlaub am Bramsee hatte der Kanzler die Weltläufe und seinen Beitrag dazu neu überdacht. Die Analyse fiel düster aus. Die Wirtschaftspolitik der westlichen Leitmacht USA ist unverändert desolat, und trotz des persönlichen Burgfriedens zwischen Schmidt und Jimmy Carter zweifelt der Kanzler an der Führungskraft des US-Präsidenten.

Noch vier Tage bevor Carter in Camp David die spektakuläre Verbrüderung zwischen Ägyptens Anwar el-Sadat und Israels Menachem Begin feierte, hatte Schmidt vor der SPD-Fraktion in Bonn seinen Visionen freien Lauf gelassen: „Bisher hat es vier Kriege im Nahen Osten gegeben, niemand kann einen fünften ausschließen.“ Eine weitere militärische Auseinandersetzung oder eine neue Drohung mit der Waffe Ölembargo aber würde die Weltwirtschaft wieder in tiefe Depressionen stürzen.

Dem Ergebnis von Camp David gibt der Bonner Regierungschef, nach den negativen Kritiken aus Saudi-Arabien und Syrien, eher mittelmäßige Zensuren. Im Kabinett war sich die Runde letzten Mittwoch einig, einstweilen sei noch kein Friede gelungen. Und als Folge der unklaren Camp-David-Übereinkunft sackte der Dollar denn auch schon auf einen neuen Tiefstand.

So sind die Zukunftsbilder des Kanzlers allemal grau bis schwarz. Spuren hinterließen das Gezerre um die Neutronenwaffe, die nach Schmidts Ansicht egoistische Haltung der USA zu Uranlieferungen und zur Atomenergie, die Nadelstichpolitik Carters gegenüber der Sowjet-Union und die nur auf US-Bedürfnisse ausgerichtete Konjunkturstrategie. Nach wie vor sei die Administration in Washington, so Schmidt im kleinen Kreis, „völlig unberechenbar“.

Sein Resümee: Europäer müssen den Platz ausfüllen, den die Nordamerikaner geräumt haben. Der Kanzler, der bislang für das Brüsseler EG-Europa kaum mehr als Spott übrig hatte, sucht, da ihm das Vertrauen in die USA abhanden gekommen ist, Rückendeckung in einem stärkeren Europa. Und die neue Leitfigur Europas wird Valéry Giscard d'Estaing heißen. Ein Bonner Minister: „Giscard soll voranmarschieren, Schmidt überläßt ihm ganz bewußt die Führung.“

Daß der Kanzler, der sich vor kurzem noch in der Rolle des selbsternannten „Weltökonom“ wohl fühlte, freiwillig auf den Spitzenpart verzichtet, hat in Schmidts Szenario einleuchtende Ursachen. Je mächtiger die deutsche Volkswirtschaft in der Welt werde, desto empfindlicher reagiere das Ausland, desto „verwundbarer“ (Schmidt) bleibe die deutsche Außenpolitik, die zwei Schwachstellen aufweist - den Status West-Berlins und die moralische Belastung durch die noch nicht vergessenen Nazi-Verbrechen: „Die

Hoffnung, die Erinnerung an Auschwitz und Oradour werde im Ausland sinken, wird sich nicht erfüllen.“

Wie schnell solch tot geglaubte Ressentiments wieder aufbrechen können, meldete die deutsche Botschaft in London jetzt nach Bonn. Seit im britischen Fernsehen der US-Streifen „Holocaust“ die deutschen KZ-Greuel zeigt, stöhnen die Bundesdiplomaten darüber, daß sie „den ganzen Tag nur antideutsche Anrufe entgegennehmen“ müssen.

Die Deutschen, folgert Schmidt, dürften noch auf längere Zeit „nicht allzu selbstbewußt auftreten“, um nicht überall latente „Neigungen wie Neid und Besorgnis zu wecken“.

In Aachen hatte des Kanzlers neues Stück Premiere. Die Deutschen bezahlen die Aufführung und führen Regie, Hauptdarsteller aber ist Giscard, der „bis 1981 auch keine Wahlen fürchten muß“. (Finanzminister Hans Matthöfer). Mit Hilfe des Europäischen Währungssystems (EWS), das Schmidt und Giscard aus der Taufe hoben, soll die deutsch-französische Entente wachsen, und die Gefahr schwinden, daß die Westdeutschen in künftigen Jahrzehnten „plötzlich allein dastehen“ (Schmidt).

Zu diesem Zweck wird der maroden europäischen Währungs-„Schlange“, von der sich die Franzosen zuletzt 1976 losgesagt hatten, neues Leben eingehaucht. In möglichst vielen Staaten Europas - auch Großbritannien und Irland, Österreich und die Schweiz wurden zum Mitmachen aufgefordert - sollen wieder, wie bis 1973, stabile Wechselkurse gelten, um den Unternehmern fortan exakte Kalkulationen zu ermöglichen. Damit das Ganze auch dann funktioniert, wenn die Währung eines Partnerlandes bei stärkerer Geldentwertung - an den „Interventionspunkt“ - sinkt, gehen die Notenbanken, vornehmlich aber die deutsche, an ihren Devisenschatz.

Sie treten ein Fünftel ihrer Währungsreserven in Gold oder Dollar an einen Fonds für derlei Transaktionen („Saldenausgleich“) ab. Da die Bundesbank den größten Hort besitzt, spendieren die Deutschen auch am meisten - bis zu 18 Milliarden Mark, um im Bedarfsfall Ausschläge der Währungskurse durch An- oder Verkauf glätten zu können.

Weitere 18 Milliarden Mark opfert die Bundesbank in DM für ein europäisches Kunstgeld namens „Ecu“. Dessen Initialen stehen zwar für das englische European Currency Unit (Europäische Währungseinheit), aber die Experten sprechen das Wort französisch „eküh“ aus und polieren damit eine glorreiche Vergangenheit auf: Der Ecu war von 1266 bis 1803 die französische Gold oder Silbermünze.

Zum Handel der Moderne taugt das Eurogeld freilich wenig, nämlich nur im Buchungsaustausch zwischen Notenbanken, wo ein Ecu etwa 2,50 Deutsche Mark, 1,20 US-Dollar oder fünf Französische Franc wert ist. Wozu es sonst gut ist, weiß auch der zuständige Finanzminister nicht, der seit langem versucht, den EWS-Mechanismus zu durchschauen. Matthöfer: „Das ganze Zeug versteht keiner. Aber es funktioniert.“

Die Zuversicht des Bonner Währungsministers wird inzwischen auch von den Frankfurter Zentralbankiers geteilt, die noch Anfang September brieflich den Kanzler vor einer neuen Währungsordnung gewarnt hatten; auch Ex-Bundesbankchef Karl Klasen und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hatten gegen die Schmidt-Giscard-Idee protestiert, den Ecu als echtes Zahlungsmittel einzusetzen und seinen Wert nach dem Austauschverhältnis der beteiligten Devisen („Währungskorb“) täglich neu zu berechnen.

Der Nachteil: Nachbarländer hätten dann allein auf Kosten der deutschen Stabilität munter Inflation treiben können. Nach dem Bundesbank-Einspruch ist die Gefahr gebannt. Künftig gilt ein neues Fremdwort „parity grid“ (Paritätengitter) für die bisherige Methode innerhalb der „Schlange“, und die Banker waren erleichtert: „Wir sind froh, daß alles beim alten bleibt.“

Nicht ganz. Denn die Rückkehr der Franzosen in das europäische Währungsmodell, die mögliche Teilnahme der Engländer oder Italiener setzt voraus, daß die Konjunkturstrategen überall an einem Strang ziehen und die hohen Inflationsraten in Paris (9,3 Prozent), London (7,8 Prozent) oder Rom (11,9 Prozent) auf ein erträgliches Maß drücken.

Um die Kanzlervision eines stärkeren Europas in die Tat umzusetzen, kommen ihnen die Deutschen auf dem Mittelweg entgegen. Schmidt ist zur Gratwanderung zwischen Inflation und Stabilität entschlossen: „Niemand in der Welt kann mit seinem Kopf allein durch die Wand, da rennt er den Kopf ein. Man muß von allen Seiten aufeinander zugehen.“

Vom 1. Januar an wird das europäische Modell zunächst für zwei Jahre geprobt. Gelingt das Experiment und wächst aus kleinen Währungsschritten eine Wirtschaftsunion heran, will Schmidt den deutsch-französischen Bund allmählich auf die Außenpolitik ausdehnen, um sich vom Trauma des isolierten Deutschen zu befreien: Schmidt denkt und lenkt, Giscard repräsentiert und präsidiert.

Wenn der Kanzler so in die Weite blickt, kommen den sozialdemokratischen Kollegen am Kabinetttisch geschichtliche Assoziationen. Entwicklungshilfeminister Rainer Offergeld, erst seit sieben Monaten in der Runde: „Ich denke oft an Bismarck, wenn ich ihn so reden höre.“